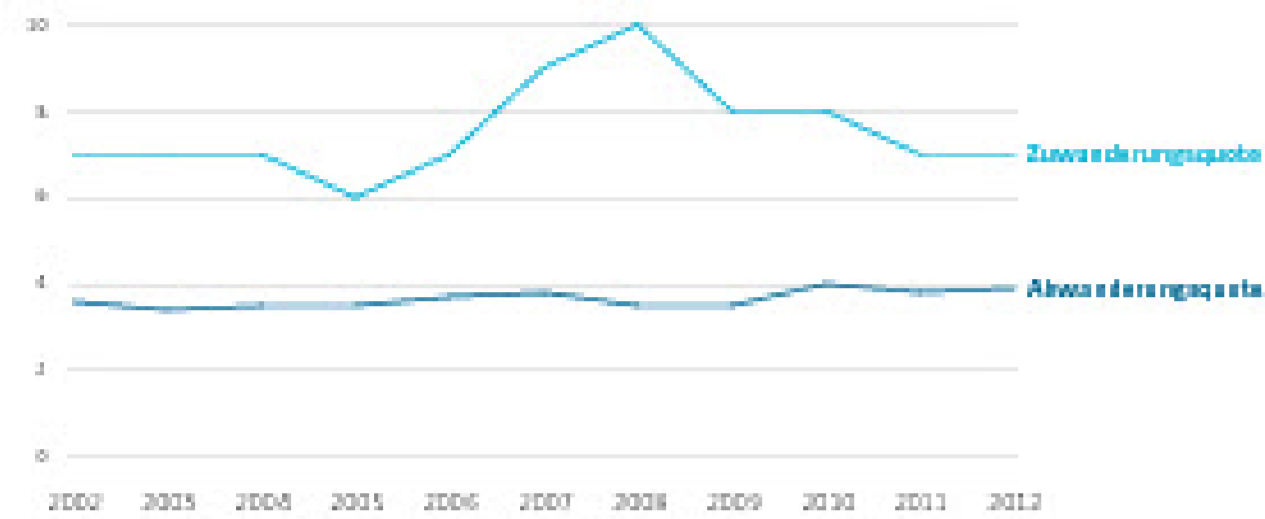


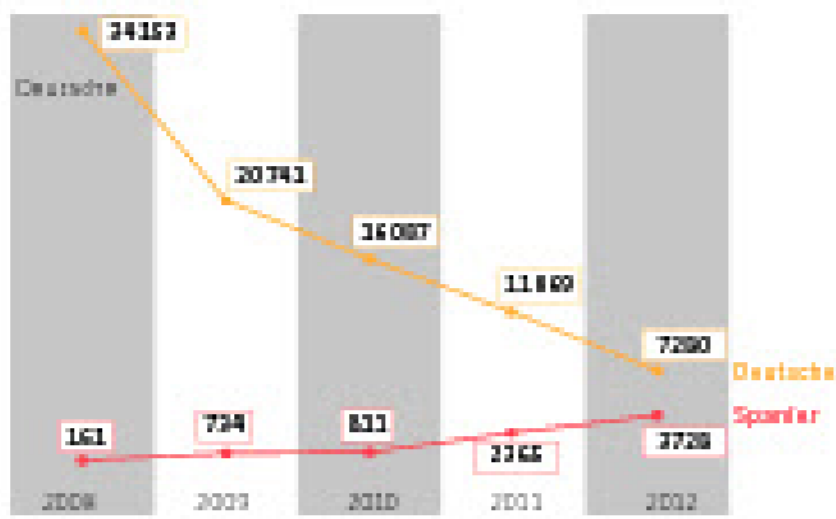
BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IMMER MEHR MENSCHEN IN DER SCHWEIZ

Zu- und Abwanderung sowie der Ausländer 2002-2012

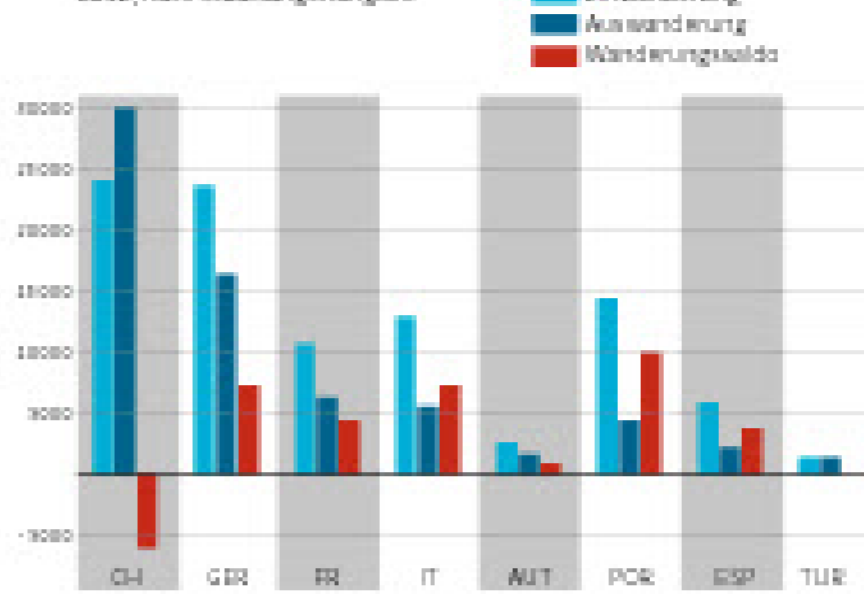


Wanderungssaldo seit 2008

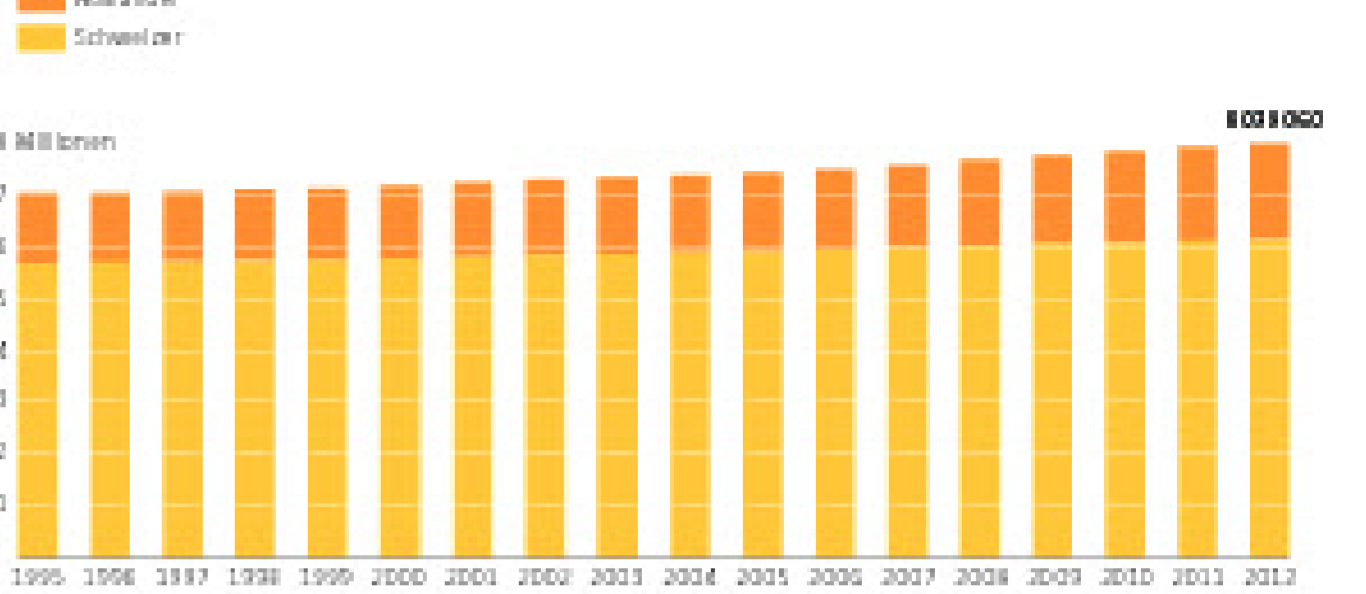
Einwanderungszahl minus Auswanderungszahl
Deutschland und Spanien im Vergleich



Internationale Wanderung 2012, nach Staatsangehörigkeit



Gesamtbevölkerungswachstum seit 1995



Wenn Erbsenzähler Politik machen

Immer mehr Ausländer würden die Schweiz verlassen, vermelden die Statistiker des Bundes für 2012. So absolut stimmt das freilich nicht. Denn zugleich wächst der Ausländerbestand genauso unvermindert weiter wie die Wohnbevölkerung. Wer wieder geht, sind vor allem die gut qualifizierten Zuwanderer.

Glaubt man dem Bundesamt für Statistik (BFS), dann hat hierzulande 2012 ein wahrer Exodus stattgefunden: «Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer verlassen die Schweiz», titeln die amtlichen Erbsenzähler in ihrer Medienmitteilung von gestern. Darin informieren sie über die Bevölkerungsentwicklung im vergangenen Jahr.

Den vermeintlichen Beleg für ihren steilen Titel liefern die Bundesstatistiker an prominenter Stelle des Communiqué: Die Auswanderungen, heisst es da gleich zu Beginn, hätten von insgesamt 96'500 im Jahr 2011 auf 103'900 zugenommen. Und der Wanderungssaldo – die Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen – sei im gleichen Zeitraum um 14 Prozent gesunken. Weiter vermeldet das BFS: Die Zahl der Schweizer Auswanderer sei ge-

genüber 2011 um 0,9 Prozent gewachsen, jene der Ausländer sogar um 10,7 Prozent.

Die präsentierten Zahlen scheinen im Verbund mit der Hervorhebung im Titel eine klare Sprache zu sprechen: Der Einwanderungsdruck nimmt ab. Politisch ist das höchst brisant – im nächsten Februar kommt etwa die Masseneinwanderungsinitiative der SVP an die Urne. Aber stimmt es auch – oder führen die Zahlen des BFS vielmehr in die Irre?

Es hat sich nichts verändert
Was stimmt: Letztes Jahr haben tatsächlich rund 73'900 Ausländer der Schweiz den Rücken gekehrt – in absoluten Zahlen so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Bloss heisst das überhaupt nicht. Dass immer mehr Ausländer aus der Schweiz auswandern, hat nämlich einen einfachen Grund: Weil immer mehr Ausländer in der Schweiz leben, steigt die Zahl der Auswanderer selbst bei gleich bleibender Auswanderungsrate automatisch an.

Aussagekräftiger ist daher das Verhältnis der Auswanderungen zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Dieses offenbart denn auch: Es hat sich überhaupt nichts verändert. Die Auswanderungsquote bewegt sich in den letzten Jahren vielmehr konstant um einen Wert von rund 4 Prozent (siehe Grafik). Vergleicht man mit den 90er-Jahren, dann ist die Auswanderungsquote sogar gesunken.

Das bestätigen auch die Untersuchungen von George Sheldon. Der an der Uni Basel lehrende Arbeitsmarktökonom rechnet nicht bloss mit den Zahlen zur ständigen Wohnbevölkerung, wie das beim BFS üblich ist. Er schliesst auch etwa die Kurzaufenthalter mit ein, die weniger als ein Jahr in der Schweiz sind: «Diese Menschen sind ja nicht unsichtbar – sie leben hier», so Sheldon.

Seine Berechnungsart ergibt bei den Auswanderungen von Ausländern zwischen 2011 und 2012 eine Abnahme um 0,6 Prozent. «Dass die Auswanderungen zunehmen», sagt der Ökonom aufgrund dessen, «ist faktisch falsch.» Das zeigt: Je nach Perspektive und Kontext verkehren sich die Aussagen statistischer Zahlenspiele in ihr Gegenteil.

Wer bleibt und wer geht
Hinzu kommt: Der Wanderungssaldo ist gegenüber 2011 zwar insgesamt um 14 Prozent gesunken. Die Zuwanderungsquote von Ausländern jedoch blieb insgesamt praktisch konstant und führte de facto zu einem Zuwachs der ausländischen Wohnbevölkerung um 51'200 Einwanderer. Die ausländische wächst denn auch stärker als die einheimische Wohnbevölkerung und ist ein Hauptgrund für den Sprung über die Marke von 8 Millionen Einwohnern im letzten Jahr.

Wer sich tiefer in den Zahlenberg des BFS hineingräbt, fördert zusätzlich Aufschlussreiches zutage. Denn weit entscheidender als die nackten Zu- und Abwanderungszahlen ist der Ausländerbestand und wie sich dieser zu-

sammensetzt. Hier bestätigen die BFS-Zahlen des vergangenen Jahres den Trend: Die Zuwanderung aus dem nördlichen Europa geht zurück – stattdessen kommen vermehrt Ausländer aus Süd- und Osteuropa.

So machten etwa Deutsche in den letzten zehn Jahren einen Grossteil der Nettozuwanderung aus dem EU/Efta-Raum aus. Der Wanderungssaldo der deutschen Zuwanderer ist jedoch seit 2008 rückläufig. Nicht unbedingt, weil sie in Scharen wieder abgezogen wären, wie das in den letzten Wochen verschiedentlich gemeldet wurde. In Tat und Wahrheit liegt ihre Auswanderungsrate konstant um die 5 Prozent. Was ihren Wanderungssaldo drückt: Die deutsche Einwanderungsrate sank, weil sie ab 2009 am stärksten auf die Rezession reagierte. Unter dem Strich wächst die Zahl der hierzulande wohhaften Deutschen aber stetig weiter.

Das umgekehrte Beispiel liefert etwa Spanien. Hier steigt der Wanderungssaldo besonders seit 2010. Der Grund: Die Zahl der Rückwanderer wächst weniger schnell als die Zahl der Zuwanderer. Die spanischen Einwanderer kommen also eher, um zu bleiben, während die Deutschen weniger sesshaft sind.

Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen von Sheldon, der die Wanderungsbewegungen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt seit 1991 untersuchte. Er kam zum Ergebnis, dass die Sesshaftigkeit vor allem bei südeuropäischen Einwanderern zunahm. Bei den Migranten aus dem nördlichen EU/Efta-Raum funktioniert hingegen die Rotation. Kurzum: Der Migrationssaldo ist insgesamt asymmetrisch: Wenig gebildete Zuwanderer aus dem Süden bleiben länger, und die Auswanderer sind qualifizierter als die Immigranten.

Angesichts dessen bleibt die Migrationsfrage weiterhin brisant. Man muss dem BFS nicht unbedingt «lächerliche Staatspropaganda» unterstellen, wie das die SVP gestern tat. Aber problematisch ist die Kommunikation des Amtes gerade bei der derzeitigen politischen Grosswetterlage allemal. Peter Meier



Fritz Burkhalter, Unternehmer, gründete 2009 den Swiss German Club.

«Mit etwas mehr gegenseitiger Annäherung wäre viel gewonnen»

2012 kehrten 16 357 Deutsche der Schweiz den Rücken, so viele wie noch nie. Fritz Burkhalter vom Netzwerk Swiss German Club in Jegenstorf sieht neben beruflichen Motiven einen privaten Grund: Vielen Deutschen falle es schwer, hier Anschluss zu finden.

Herr Burkhalter, warum brechen zurzeit so viele Deutsche ihre Zelte in der Schweiz ab?

Fritz Burkhalter: Die Beschäftigungslage in Deutschland hat sich wieder verbessert. Das zieht viele zurück. In zahlreichen Branchen fehlen mittlerweile gute Fachkräfte. Deshalb finden zur Zeit sogar Awerbungsaktionen statt. So versuchen vor kurzem in Zürich Vertreter der bayerischen Regierung Deutschen die Rückkehr schmackhaft zu machen. Ausserdem sind Fluktuationen normal. Unter den Auswanderern sind viele Studenten, die nach ihrem Abschluss wieder nach Deutschland gehen. Und in vielen Jobs ist es üblich, nach ein paar Jahren weiterzuziehen.

Anscheinend verlegen auch zahlreiche Deutsche ihren Wohnsitz über die Grenze zurück und arbeiten weiterhin als Wochenendaufenthalter hier. Das ist mir neu. Ein Grund könnte die Preissensibilität der Deutschen sein. Jenseits der Grenze ist vieles günstiger. Auch haben sie dort wieder ihr gewohntes Umfeld, ihre Freunde und Dinge, die ihnen vertraut sind. Was hat es mit dem privaten Umfeld auf sich? Was beobachten Sie als Vorstand des Swiss German Club?

Viele Deutsche fühlen sich hier nicht zu Hause. Immer wieder höre ich Aussagen wie «Ich finde keine Freunde» und «Nie wird man eingeladen». In der Zi-

schweiz gibt es sogar moderierte Selbsthilfegruppen, in denen sich einsame Deutsche ihre Probleme von der Seele reden können. Hat es auch damit zu tun, woher die Deutschen kommen? Fasst jemand aus Bayern hier leichter Fuss als jemand aus Berlin?

Das lässt sich schon beobachten. Bayern und Schweizer sind sich ähnlicher als etwa Berliner und Schweizer. Auch wo man hinzieht, kann beeinflussen, wie schnell man sich hier wohlfühlt. Es gibt Regionen in der Schweiz, in denen die Menschen verschlossener sind als anderswo. Und in Zürich, das muss man leider sagen, hat sich grosser Druck gegen die Deutschen eingestellt. Da werden Kampagnen gegen sie gefahren. Das trägt dazu bei, dass Rückkehrer in Deutschland ein negatives Bild der Schweiz verbreiten. Das schädigt das Image der Schweiz.

Machen die Zuwanderer denn vielleicht etwas falsch? Das kann man so nicht sagen. Meist sind es nur Kleinigkeiten,

die mit Mentalitätsunterschieden zu tun haben. Hier braucht es einfach länger, bis sich aus einem Gespräch in einer Beiz eine Freundschaft entwickelt. Es dauert, bis man zu Schweizern Zugang findet. Dafür sind die Freundschaften dann sehr haltbar.

Was sollten Deutsche also tun, um sich hier wohler zu fühlen? Wichtig ist, dass sie so schnell wie möglich lernen, Mundart zu verstehen. Das ist eine Grundvoraussetzung, um hier anzukommen. Sprechen müssen sie nicht unbedingt. Es würde auch viel helfen, wenn sie ein bisschen mehr auf die Schweizer eingehen und ihnen Fragen stellen würden, anstatt sich in einer Selbsthilfegruppe auszutauschen. Wenn sich Deutsche, aber auch Schweizer gegenseitig etwas mehr annähern würden, wäre viel gewonnen. Um diese gegenseitige Verständigung zu fördern, habe ich übrigens den Swiss German Club gegründet.

KEIN MANGEL AUF DEM ARBEITSMARKT

Laut dem Bundesamt für Statistik verlassen mehr Ausländer die Schweiz. Die grössten Auswanderungsgruppen stellen die Portugiesen, die Montenegriner und die Deutschen dar. Während es sich bei den Deutschen oft um hochqualifizierte Arbeitskräfte handelt, sind die Portugiesen vor allem auf dem Bau oder in der Landwirtschaft tätig. Auf dem hiesigen Arbeitsmarkt schlägt sich die verstärkte Abwanderung bislang jedoch kaum nieder. In der Praxis habe man noch nichts davon gemerkt, heisst es beim Schweizerischen Bauernverband. Viele der Beschäftigten seien zudem Kurzaufenthalter, die in der Erhebung des Bundesamts für Statistik gar nicht erfasst sind. Wie eine Umfrage bei den Gastroverbänden ergab, besteht auch in dieser Branche derzeit kein Mangel an ausländischen Arbeitskräften.

Beim Schweizerischen Bauernverband stellt man ebenfalls keine Abwanderung im Moment noch nicht dramatisch. Dennoch sei die Entwicklung im Auge zu behalten. «Da wir immer auf eine Zuwanderung angewiesen sein werden, tun wir gut daran, diese Arbeitskräfte eher pfleglich zu behandeln.» as

Matthias Engel. Letztes Jahr habe die Zahl der Portugiesen um 28,4 Prozent zugenommen. Laut Engel kommen lediglich 0,4 Prozent des Baustellenpersonals aus den sogenannten EU-8-Ländern, also aus Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland und Litauen. «Der Bau ist für EU-Bürger attraktiv, weil das Bauhauptgewerbe mit Mindestlöhnen von 5500 Franken für gelernte Maurer und Strassenbauer die höchsten Handwerkerlöhne in der Schweiz zahlt – und weit mehr als in Süd- und Osteuropa.»

Freizügigkeit bei Notaren

WEKO Ausserkantonale Notare sollen künftig ebenfalls zugelassen werden, empfiehlt die Wettbewerbskommission. Sie will dies auch gerichtlich durchsetzen.

Die Kantone sollen Notaren aus anderen Kantonen nicht mehr grundsätzlich die Tätigkeit verbieten. Die Wettbewerbskommission (Weko) fordert die Kantone auf, die Freizügigkeit für Notare auch im Inland spielen zu lassen. Nach einer rund halbjährigen Untersuchung kommt die Weko zum Schluss, dass Notartätigkeiten unter das Binnenmarktgesetz fallen. Kantonale Bewilligungen zur Berufsausübung seien grundsätzlich in der ganzen Schweiz anzuerkennen.

Die gestern veröffentlichte Empfehlung richtet sich an die Kantone. Die Wettbewerbsbehörde erwartet von diesen, dass sie ihre Praxis und teilweise auch ihr kantonales Recht anpassen. Tun sie dies nicht, wird die Weko laut Präsident Vincent Martenet in konkreten Fällen vor Gericht gehen. Die Gerichte müssten dann über die Interpretation des Binnenmarktgesetzes entscheiden.

Noch 2002 hatte das Bundesgericht die Freizügigkeit der Notare abgelehnt. Seither führte der Europäische Gerichtshof jedoch die Freizügigkeit für EU-Notare ein, was über das Personenfreizügigkeitsabkommen auch für die Schweiz gilt. sda

BZKolumne



Jean-Daniel Gerber ist Ökonom und war Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco.

Initiativen bestimmen die politische Agenda zu stark

vergeuden müssen. Das hält sie ab von der Behandlung wichtiger Regierungsgeschäfte – wie die Gründung der Sozialwerke, die Energiepolitik oder die Verkehrspolitik. Wir laufen Gefahr, dass sich Parlament und Regierung mit Nebensächlichkeiten befassen müssen und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich an die Urne zu begeben, noch weiter abnimmt.

Auch die 1977 vorgenommene Verdoppelung der Anzahl Unterschriften auf 100'000, die notwendig sind, damit eine Initiative zustande kommt, hat keine Trendwende bewirkt. Dank der Zunahme der Bevölkerung und der modernen Kommunikations- und Sammelmittel wird das Zusammenbringen der Unterschriften immer einfacher. Somit wird die steigende Tendenz, Volksbegehren zu lancieren, ungebremst weitergehen.

Die einfachste Möglichkeit, Gegensteuer zu geben, bestünde in einer Erhöhung der notwendigen Anzahl Unterschriften, zum Beispiel auf 200'000. Diese Idee sollte nicht a priori verworfen werden. Sie hat jedoch den erheblichen Nachteil, dass sich der Aufwand für das Beglaubigen der Unterschriften verdoppeln würde. Doch die Gemeinden sind schon heute überlastet damit. Nach einem Bericht des Bundesrats beansprucht die Beglaubigung der

Unterschriften für Initiativen und Referenden pro Jahr 3700 Arbeitstage. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, die Kosten auf die Initianten zu übertragen, falls ihr Begehren an der Urne abgelehnt wird. Dieser Vorschlag ist aber schlicht zu drastisch und damit nicht mehrheitsfähig.

Einfacher und zweckmässiger wäre die Halbierung der Zeit von achtzehn auf neun Monate, während deren Unterschriften gesammelt werden dürften. Dem Parlament könnte auch die Möglichkeit eingeräumt werden, nur solche Volksbegehren den Stimmbürgerinnen und -bürgern zu unterbreiten, die wenigstens bei der Hälfte oder einem Drittel der Abgeordneten Zustimmung gefunden haben.

Egal, ob die eine oder die andere Variante gewählt wird, völlig chancenlose Initiativen kämen somit gar nie zur Abstimmung. Die politische Agenda von Bundesrat, Parlament und letztlich den Stimmbürgerinnen und -bürgern würde entlastet. Gewinnerin wäre das für eine direkte Demokratie unerlässliche Initiativrecht, das wieder für wesentliche Grundsatzfragen in Anspruch genommen würde, wie dies ursprünglich vorgesehen war.

Mail: schweiz@bernerzeitung.ch

ALDI PREIS KRACHER

- Bison Huft Steak ca. 200 g CHF 5.99 (statt 6.99)
- Matheus Rosé 1l CHF 4.89 (statt 5.99)
- Maoam Kaubonbons «Maoween» 675 g CHF 3.99 (statt 4.99)
- Zucchini 1kg CHF 1.49 (statt 1.99) -40%
- Salatgurken CHF 0.69 (statt 1.29) -50%
- Rucola/Milzwiebel 150 g CHF 1.79 (statt 2.79) -40%
- Kaffee 4 Becher CHF 1.79 (statt 2.79) -40%
- Trauben CHF 1.79 (statt 2.79) -40%

ab Samstag, 12.10. solange Vorrat reicht

Einfach ALDI. ALDI SUISSE